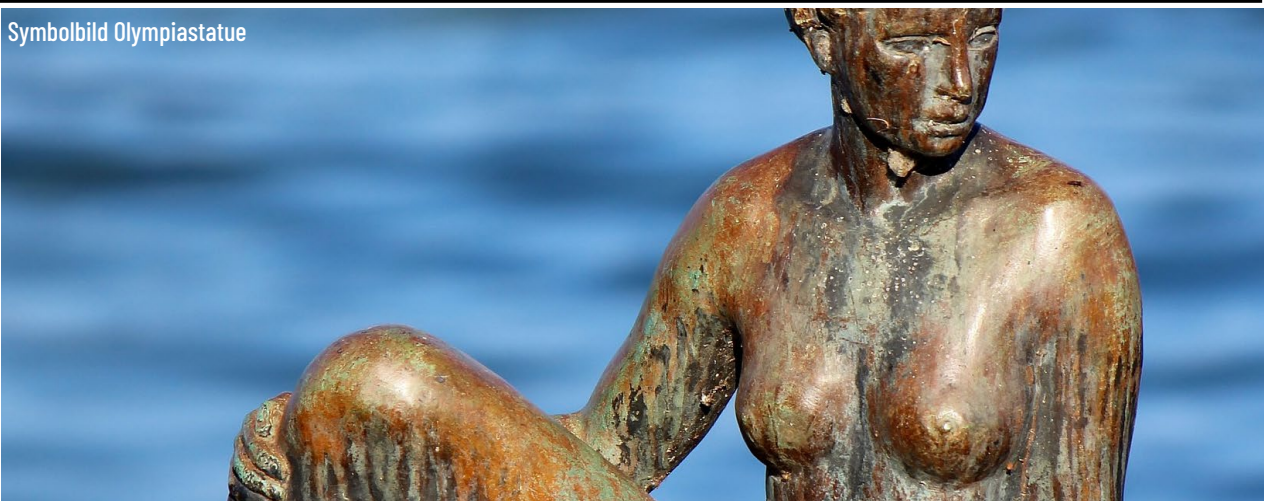


Viel Lärm um Olympia

Symbolbild Olympiastatue



Von Mathias Pasdziorek

Seit 2016 beschäftigen sich der Ausschuss für Kultur, Tourismus und urbane Szene (KTuS) und die Bezirksvertretung Nord (BVN) mit der Bronzestatue „Olympia“. Das klassische Kunstwerk wurde 1958 von der Stadt gekauft und im Goldbergpark Buer aufgestellt. Seit 1990 steht es unter Denkmalschutz. Im Zuge des Umbaus des Busbahnhofs wurde die Figur demontiert und anschließend im städtischen Bauhof restauriert, da Korro-

sion, Vogelkot und Vandalismus ihr über die Jahre zugesetzt hatten. Am 31.07.2020 erschien in der WAZ ein Artikel mit der Überschrift: >>Warten auf die nackte Schöne: Buer vermisst seine „Olympia“<< Darin erwähnt ist aber schon der Stein des Anstoßes, der die Lawine ins Rollen bringen wird, auch wenn zu diesem Zeitpunkt selbst der Grüne Bezirksverordnete Karl Henke sich für die Rückkehr der Plastik an den angestammten Platz einsetzte.





In der aktuellen Ratsperiode (2020-25) beschäftigten sich die zuständigen Gremien viel mehr mit der „problematischen“ Geschichte der originalen Olympia, die 1937 von der Heeresleitung für ein Militärlazarett in Magdeburg beim Frankfurter Bildhauer und Professor Fritz Klimsch in Auftrag gegeben wurde. Dieser beschäftigte sich in seinen Werken fast ausschließlich mit der Griechischen Antike, galt bei NS-Größen wie Göbbels und Hitler als Genie und wurde 1944 auf die Sonderliste der sog. Gottbegnadetenliste gesetzt. Plötzlich war der Nachguss in Buer auch für die WAZ nicht mehr die „vermisste, nackte Schöne“ sondern „Nazi-Kunst“. Die Kartellparteien strebten nun nicht mehr die baldige Rückkehr der Olympia an, sondern suchten fieberhaft nach Möglichkeiten für „Haltung“, Gratismut und virtue signaling.

Virtue signalling

(deutsch wörtlich: Tugendsignalisierung) ist das auffällige Zurschaustellen moralischer Werte. Damit sind Ansichten gemeint, die die moralische Korrektheit der eigenen politisch korrekten Position zu einem bestimmten Thema demonstrieren sollen und gleichzeitig als besonders zustimmungsfähig, d.h. politisch korrekt erachtet werden.

Beispiele sind auch der Jutebeutel und Lastenräder.

Auch die neue Leiterin des Kunstmuseums Buer, Julia Höner, korrigierte den Kurs ihrer Vorgängerin Leane Schäfer, die sich im ersten genannten WAZ-Artikel noch klar für eine baldige Wiederaufstellung aussprach. Frau Höner nahm in ihrem Vortrag im KTuS am 23.09.2023 auch positiven Bezug zur Zerstörung „problematischer“ Kunstwerke durch den neo-marxistisch-maoistischen Mob von Black Lives Matter und anderen linksextremen Randalierern, z.B. in Großbritannien.

Ihr Vorschlag beinhaltete u.a. ein „Gegenkunstwerk“, welches allerdings - zum Glück der Steuerzahler- an

der Kostenfrage scheiterte. Diskutiert wurde auch das Wegschließen der Skulptur im Giftschränk des Kunstmuseums Buer. Zumindest bräuchte es eine Informationstafel, die den Bürgern erklärt, warum sie das an sich harmlose, ästhetische Kunstwerk nach über 60 Jahren jetzt nicht mehr gut oder schön finden dürften. Auch wenn in dieser Zeit zahllose Menschen, die noch persönlich unter den Nationalsozialisten gelitten hatten, sich nie an dem Frauenakt gestört haben. Auch die Erhöhung durch den Sockel war für die Gutmenschen plötzlich kaum zu ertragen. Allerdings schmetterte Frau Lepper von der Unteren Denkmalbehörde (UDB) sämtliche Entfernungs- und Veränderungspläne souverän ab, denn laut §9 des Denkmalschutzgesetzes (DSchG NRW) erfordern solche Veränderungen, auch wenn sie vom Denkmalbesitzer geplant werden, ausnahmslos die Zustimmung der UDB. Und die Erfolgsaussichten, diese Genehmigung aufgrund bloßer Befindlichkeiten von Berufsempörten zu erhalten, sei verschwindend gering.

Alles Gezeter und Gejammer der gratismutigen Kämpfer*innen gegen Recht(s) half nichts und so brachten die SPD, CDU, Grüne und FDP am 15.05.2024 gemeinsam den Antrag „Umgang mit der Olympia“ (Drs. 20-25/6643) ein, in dem sie nun selbst das Einzige vorschlugen, was ihnen übrigblieb – nämlich die Wiederaufstellung der Olympia an ihrem alten Platz im Goldbergpark Buer. Und selbst dieser Antrag wurde zur Niederlage der Kartellparteien, da sie den Satz: „2. Auf jegliche Erhöhung, beispielsweise durch einen Sockel, wird verzichtet“ vor der Abstimmung streichen mussten, damit der Beschluss legal umgesetzt werden kann.

Und so gewann die UDB 2 : 0 gegen die Gutmenschen des KTuS, denen nichts blieb, als sich in der Sitzung am 19.06.2024 über den „unsäglichen Auftritt“ der furchtbar gemeinen Frau Lepper auszuweinen und von mir dafür ausgelacht zu werden.



Was macht eigentlich der RVR?

Von Friedhelm Rikowski

Der Regionalverband Ruhr (RVR) ist in erster Linie eine Planungsbehörde der Metropolregion Ruhrgebiet. Seine Gründungsväter haben bereits vor 100 Jahren erkannt, dass zahlreiche kommunale Aufgaben effektiver im Verbund erfüllt werden. Inzwischen sind 11 Großstädte und 4 Kreise mit insgesamt 5 Millionen Einwohnern die Träger des RVR.

Beim RVR arbeiten Politik und Verwaltung Hand in Hand. 91 in den Kommunen gewählte Abgeordnete bilden die Verbandsversammlung, auch „Ruhrparlament“ genannt. Bei der Kommunalwahl 2020 zogen sieben AfD-Vertreter ins „Ruhrparlament“ ein.

Die Verwaltung des Regionalverbands führt die politischen Entscheidungen der RVR-Abgeordneten aus. Verwaltungsspitze ist der Regionaldirektor. Sein Dienstsitz befindet sich in Essen, ihn unterstützen 500 Bedienstete.

Die Kardinalaufgabe des RVR ist, wie eingangs erwähnt, Planungsbehörde zu sein. In seinen Büros wird der Regionalplan in einem komplexen und zeitintensiven Prozess entworfen, das „Ruhrparlament“ beschließt ihn. Der Regionalplan ist verbindliche Grundlage weiterer Planungsschritte und politischer Entscheidungen in den Kommunen.

Neben seinen Aufgaben als Regionalplaner betreibt der RVR verschiedene Gesellschaften, etwa die „Ruhr Tourismus GmbH“, die Freizeitgesellschaft „Metropole Ruhr mbH“, die „Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet mbH“. Letztere ist unser regionaler „Entsorger“, hier werden Großteile unseres täglich anfallenden Haus- und Industriemülls fachgerecht verbracht.



Das Ruhrgebiet wird als die grünste Industrieregion Europas angesehen. 16.300 Hektar Wald machen den RVR zum größten kommunalen Waldeigentümer der Bundesrepublik Deutschland. Eine eigene Abteilung des RVR – „Ruhrgrün“ – bewirtschaftet diese Flächen. Verkehrssicherung, Holzeinschlag, Naturschutz, Bejagung etc. machen „Ruhrgrün“ zu einem sehr vielseitigen und interessanten Aufgabenbereich. Der Rangerdienst in den Erholungswäldern fordert die Dienstkräfte oft rundum-die-Uhr.

Wie andere kommunale Behörden steht auch der RVR im Spannungsfeld zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Zusatzleistungen. Zu wünschen wäre dem Regionalverband, dafür stets das richtige Augenmaß zu haben. Von einer umlagefinanzierten Einrichtung dürfen wir dieses einfordern.

REGIONALVERBAND
RUHR



Viel Spaß in den Sommerferien wünscht der



Afd

Kreisverband
Gelsenkirchen



Gelsenkirchener Patriot ist eine Mitgliederinformation der Alternative für Deutschland Kreisverband Gelsenkirchen
V.i.S.d.P.: Der Kreisvorstand | www.afd-gelsenkirchen.de | Bildrechte: pixabay, eigene